



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration  
am 01. Oktober 2013  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

Peter Schickel

Anwesende Ausschussmitglieder:  
Ferner anwesend:  
Tagesordnung:  
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1  
siehe Anlage 2  
siehe Anlage 3  
siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr**

**Ende: 19:00 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 30/13

(Drucksachenband 177)

Drucksachenlisten DL Nrn. 43/13, 44/13

(Drucksachenband .179)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der stellv. Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0084 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

### 0085 Genehmigung der Niederschrift vom 03.09.2013

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 03.09.2013 wird genehmigt.

Einstimmig

### 0086 13-F-33-0082

Hinweisschilder für Polizeidienststellen  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 25.09.2013 -

Stv. Weck begründet den Antrag.

Stv. Göttenauer begründet den Änderungsantrag von Linke&Piraten.

Lt. Stv. Apel sind die im Antrag von CDU und SPD geforderten Hinweisschilder schon etwas anderes als technische Hilfsmittel, die im Änderungsantrag erbeten werden. Notrufsäulen sind sicher sinnvoll, haben aber nichts mit dem Antrag zu tun.

Stv. Weck hält den Änderungsantrag nicht für hinreichend konkret und empfiehlt der Fraktion Linke&Piraten, einen eigenen Antrag zum Thema Notrufsäulen zu stellen.

Der Änderungsantrag wird gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen, Linke&Piraten und FDP abgelehnt.

Der Hauptantrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

### 0087 12-A-21-0001

Vorstellung des Projekts "Integrationsassistenten Wiesbaden"

Zu diesem Tagesordnungspunkt tagt der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration gemeinsam mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 01. Oktober 2013**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Frau Pintus und Frau Vilgelmi berichten über die Entwicklung des Projektes.

Die hierzu vorbereiteten Unterlagen werden dem Ausschuss über die Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt und an die Ausschussmitglieder weitergeleitet.

Nach der Präsentation erfolgt eine eingehende Diskussion beider Ausschüsse mit Frau Pintus und Frau Vilgelmy, die über die Unterschiede zwischen professionellen Dolmetschern und Integrationsassistenten berichten, darstellen, wie viele Anfragen und Einsätze von welchen Organisationen nachgefragt wurden, welche Konflikte verhindert werden konnten, wie viele Sprachen abgedeckt werden und welche finanziellen Mittel benötigt werden, um das Projekt weiter zu betreiben.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Einstimmig

**0088 13-V-12-0001**

Repräsentative Befragung zu Mediennutzung, Kommunikationsverhalten und kommunalpolitischer Teilhabe der Wiesbadener Bevölkerung 2012  
HIER: mdl. Bericht des Amtes

Die Präsentation von Frau Lettko (Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik) wird zur Kenntnis genommen.

Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

**0089 13-F-08-0075**

Dienstbefreiung bei Demonstrationen gegen neonazistische Organisationen  
- Antrag von Linke&Piraten vom 24.09.2013 -

Stv. Göttenauer begründet den Antrag.

Stv. Dr. Wittkowski weist darauf hin, dass dies eine Angelegenheit des Oberbürgermeisters und nicht der Ausschüsse sei. Man werde sich nicht in die Angelegenheiten des Dienstherrn einmischen.

Auch stellv. Vorsitzender Schickel hält es für ausgeschlossen, dass sich die Politik in das Verhältnis von Dienstvorgesetztem und Mitarbeitern einmischt.

Stv. Maritzen gibt zu bedenken, dass es im Antrag heißt, dass der Ausschuss die Ankündigung des Oberbürgermeisters lediglich begrüßt, d.h., dass die Haltung des Oberbürgermeisters begrüßt wird.

Lt. Stv. Apel wäre es in Ordnung, wenn eine Partei die Ankündigung begrüßt. Das Gremium Stadtverordnetenversammlung kontrolliere die Stadtverwaltung und das passe nicht zusammen.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 01. Oktober 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Nach Stv. Göttenauer gibt das ein merkwürdiges Bild nach außen ab, wenn der Ausschuss die Ankündigung von OB Gerich nicht begrüße.

Stv. Weck weist darauf hin, dass der Antrag noch einen 2. Satz enthält und das könne der Ausschuss auf keinen Fall machen. Auch eine Anregung sei eine unzulässige Einmischung.

Lt. Stv. Dumont du Voitel könne jede/r Mitarbeiter/in, dem das Thema wichtig sei, Urlaub nehmen könne.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen Grüne + Linke&Piraten abgelehnt

**0090 13-F-33-0040**

Projekt HaLT!  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -

Der Ausschuss bedankt sich für den schriftlichen Bericht.

Einstimmig

**0091 13-V-05-0008**

Aufrechterhaltung der muslimischen Seelsorge in Wiesbaden

Stellv. Vorsitzender Schickel berichtet, Dezernat V (Stadträtin Scholz) habe eine zeitlich begrenzte Möglichkeit gefunden, das Projekt im Jahre 2014 mit einer Finanzierung aus noch vorhandenen Restmitteln weiter zu unterstützen. Danach muss sich MuSe um eigene Einnahmequellen bemühen. Eine städt. Unterstützung erfolgt darüber hinaus durch die Bereitstellung von 2 Büroräumen in der HSK und im Integrationsamt.

Für Stadträtin Scholz ist die zeitweise Unterstützung eine Brückenmaßnahme. Danach müsse es dann mit eigener Kraft funktionieren.

Einstimmig

**0092 Bericht der Dezernentin**

Der Bericht von Frau Stadträtin Scholz wird zur Kenntnis genommen, wonach

- die Wiesbadener Gespräche zur Integration am 08.10.2013 unter dem Motto „Kultur baut Brücken“ stehen und

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 01. Oktober 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Frau Stadträtin Scholz eine Tour durch die Wiesbadener Moscheen begonnen hat, die sehr positiv aufgenommen wurde.

Einstimmig

**0093      Verschiedenes**

Stv. Vorsitzender Schickel weist auf Folgendes hin:

- die beiden durch die Stadtverordnetenversammlung überwiesenen Anträge von Bündnis90/Die Grünen und der Bürgerliste zum Thema Bürgerbeteiligung werden in der kommenden Sitzung des Ausschusses zur Beratung vorgesehen,
- zum Thema „Standortverlegung“ wird es in der 2. Februarhälfte 2014 eine gem. Sitzung der Ausschüsse Bau, Planung und Verkehr, Umwelt, Energie und Sauberkeit und Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration geben,

der Ausschuss wird möglichst zeitnah versuchen, eine Sitzung in den Räumen von Ditib durchzuführen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden,                    .10.2013

**Stellv. Vorsitzender**

**Schriftführer**

**Weitere Schriftführerin**

Schickel

Weck

Koba